

**Damit unser
Land gewinnt.**

**Regierungsprogramm
der SPD Baden-Württemberg
zur Landtagswahl
am 24. März 1996**

**Beschlossen vom SPD-Landesparteitag
am 20. Januar 1996 in Waiblingen**

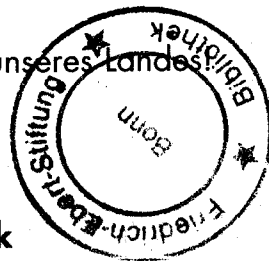
A 96 - 00599

SPD



Inhaltsverzeichnis

Zukunft durch Bewegung	1
Reformpolitik für die Menschen	3
1. Bei Wirtschaft und Finanzen ehrgeizige Ziele: Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungswachstum und Schuldenstopp	3
2. Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft: Die ökologische Wende ist machbar	8
3. Wir wollen eine gerechte und leistungsfördernde Gesellschaft	14
4. Gleichberechtigtes Leben für Frauen und Männer bedeutet mehr Kreativität in unserer Gesellschaft	19
5. Ein klarer Kurs in Innenpolitik und Justiz: starke Kommunen, moderne Verwaltung und sichere Gemeinwesen	21
6. Bildung und Wissenschaft: Das Kapital unseres Landes	26
7. Kunst, Medien und Sport: Die Vielfalt des Landes ist unsere Stärke	31
Neues Selbstbewußtsein durch Reformpolitik	35



A 96 - 00599

ZUKUNFT DURCH BEWEGUNG

Baden-Württemberg kommt voran, wenn es sich der Zukunft öffnet. Dazu brauchen wir eine Regierung, die dafür den Willen, das Programm und die Köpfe hat. Denn Bewegung kommt nicht von alleine.

Wer die Hände in den Schoß legt oder gar das Rad rückwärts drehen will, wird am Ende nicht nur die wirtschaftliche Stärke, sondern auch die kulturelle Vielfalt und den bürgerschaftlichen Gemeinsinn in unserem Land verspielen. Alles ist gefährdet, wenn wir uns eine Politik der Beharrung leisten. Viel kann neu gewonnen werden, wenn wir aktive Reformpolitik wagen.

Die SPD hat als Regierungspartei in Baden-Württemberg Vertrauen erworben und gute Arbeit geleistet. Mitten in einer Zeit tiefgreifender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen ist das Fundament für eine gute Zukunft unseres Landes wieder stabiler geworden. Jetzt wollen wir als führende Kraft einer Reformregierung das Land weiter nach vorne bringen. Dafür legen wir dieses Regierungsprogramm vor. Baden-Württemberg braucht Bewegung.

Unser sozialdemokratisches Profil in der Regierung

Vor Eintritt der SPD in die Regierung steckte das Land in einer bis dahin nicht erlebten wirtschaftlichen und geistigen Krise. Zwei Jahrzehnte CDU-Alleinregierung lähmten und verhinderten die notwendige Erneuerung – wirtschaftlich wie gesellschaftlich.

Heute ist in Baden-Württemberg die Grundlage für neue Stärke gelegt: Nach dem Regierungseintritt der SPD wurde durch umsichtige Politik Gestaltungsspielraum im Landeshaushalt zurückerkämpft. Wir können wieder agieren statt nur zu reagieren.

Die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister haben diesen Spielraum genutzt. Sie haben verkrustete Strukturen aufgebrochen und neue Ideen um-

gesetzt. Sie haben die Menschen in ihre Politik einbezogen und sich um deren Probleme gekümmert.

Die Veränderungen sind eng mit Dieter Spöri verbunden. Er steht für den Wandel, den Baden-Württemberg seit 1992 erlebt hat. Der stellvertretende Ministerpräsident ist die dynamische und verlässliche Führungspersönlichkeit unseres Landes. Er ist weltoffener Repräsentant Baden-Württembergs, anerkannter Partner von Gewerkschaftern und UnternehmerInnen, effektiver Interessenvertreter gegenüber dem Bund und Europa.

Er hat der Modernisierung des Landes entscheidende Impulse gegeben. Seine Politik setzt auf den Dialog mit den Menschen und nimmt deren Fähigkeiten auf.

Dieter Spöri wird den begonnenen Wandel fortführen und dem Land neue Dynamik geben. Er ist der Ministerpräsident, der Bewegung für Baden-Württemberg bringt. Er ist der Ministerpräsident, den wir brauchen.



REFORMPOLITIK FÜR DIE MENSCHEN

1. Bei Wirtschaft und Finanzen

ehrgeizige Ziele:

Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungswachstum und Schuldenstopp

Baden-Württemberg gewinnt die Zukunft durch ein klares Bekenntnis zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Eine aktive Wirtschaftspolitik, die neue Entwicklungen fördert und damit mehr Arbeitsplätze schafft, ist unser Ziel. Wer mehr Arbeitsplätze, wettbewerbsfähige Unternehmen und technologische Spitzenleistungen erreichen will, muß die Menschen zu einer gemeinschaftlichen Anstrengung motivieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Wirtschaftspolitik, die auf Innovationen und Existenzgründungen setzt. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, welche den ökologischen Umbau auch als Chance zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk sieht. Für uns sind Wachstum und Wohlstand untrennbar mit dem Erhalt von Natur und sozialem Frieden verbunden. Unsere Wirtschaftspolitik fördert den Dialog zwischen allen Beteiligten.

Wir stehen für eine Finanzpolitik, welche die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger entlasten will. Dazu gehört für uns auch ein sparsamer und effektiv arbeitender Staat.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lande kann auf den von Dieter Spöri und Staatssekretär Rainer Brechtken erreichten Erfolgen der letzten Jahre aufbauen: Trotz Steuerausfällen und hoher Zuwendungen an die neuen Bundesländer wurde Gestaltungsspielraum im Haushalt zurückerkämpft. Existenzbedrohte Arbeitsplätze wurden durch Bürgschaften und Darlehen gesichert, Anschubprogramme habe für neue Jobs und öffentliche Investitionen, insbesondere im bundesweit an der Spitze liegenden Wohnungsbau gesorgt. Die Fusion der Energieunternehmen wurde eingeleitet. Wichtige Standortentscheidungen für Baden-Württemberg haben die industrielle Basis des Lan-

des wieder stabilisiert. Die strukturelle Herausforderung ist aber geblieben und fordert uns zum Handeln.

Baden-Württemberg hat ein kulturelles und wirtschaftliches Interesse am Zusammenwirken der europäischen Regionen. Wir wollen durch beispielhafte kulturelle und wirtschaftliche Projekte Verantwortung für die europäische Idee übernehmen.

Wettbewerbsfähigkeit schafft Arbeitsplätze!

Mit einer aktiven, weltmarktorientierten Wirtschaftspolitik, zusammen mit einer Politik des ökologischen Umbaus, werden wir die anhaltende Strukturkrise überwinden. Wir setzen auf eine Industriepolitik, welche die Entwicklung umweltverträglicher Produkte und Verfahren unterstützt. Dies gilt besonders für die Arbeitsplätze in den Automobil-, Schienenfahrzeug- und Flugzeugbauunternehmen, die beispielsweise von der Einbindung in ein integriertes ökologisches Verkehrskonzept profitieren werden. Der Fertigungsstandort Baden-Württemberg ist auf die Weiterentwicklung seiner Leitbranchen Kfz – und zivile Luftfahrtindustrie, Maschinenbau sowie Elektro- und Computerindustrie angewiesen. Wir werden dabei helfen, sie zu international präsenten Systemanbietern für Mobilität, Kommunikation und Umwelttechnologie und damit zu Industrien des 21. Jahrhunderts zu machen.

Durch Pilotversuche, Förderprogramme und öffentliche Beschaffung wollen wir eine Technologiepolitik fördern, welche die begonnene Softwareinitiative verstärkt, die Biotechnologie konstruktiv aufgreift und die Mikrosystemtechnik voranbringt und eine integrierte Umwelttechnik fördert. Eine enge Verbindung mit Methoden und Ergebnissen der Technikfolgenabschätzung wird angestrebt. Ziel wird es auch sein, in Baden-Württemberg die modernsten Kommunikationsinfrastrukturen zu schaffen und die marktgängigsten Anwendungen darauf zu erproben. Ausgenommen sind Förderung und Weiterentwicklung neuer Waffensysteme in Baden-Württemberg, wobei parallel ein gezieltes Konversionsprogramm für die Rüstungsbranche notwendig ist.

Mit gezielten politischen Entscheidungen und Fördermaßnahmen werden wir

dafür sorgen, daß die Solartechnik und andere regenerative Energietechniken massiv vorgebracht werden. Damit werden wir Baden-Württemberg zum Produktionsstandort Nummer Eins für Solarzellen entwickeln. So kann Baden-Württemberg eine Spitzenstellung im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen. Dies fördert auch den gewerblichen Mittelstand und das Handwerk und damit die Stabilität unserer Wirtschaft.

Um arbeitsschaffende Zukunftsinvestitionen finanzieren zu können, werden wir die Neuordnung der Landesbeteiligungen weiter vorantreiben. Zum Zwecke des Aufbaus und der Förderung einer alternativen Energiestruktur mit regenerativen Energien, werden wir ein Sondervermögen „Regenerative Energien“ bilden. Zur Finanzierung dieses Zukunftsinvestitionsprogramms werden Finanzmittel durch Veräußerung von Anteilen des Landes Baden-Württemberg am Badenwerk und der EVS gewonnen. Und wir wollen die im Land beheimatete Bankenstruktur wettbewerbsfähiger machen, was die CDU-Lobby in der bisherigen Koalition verhindert hat.

Die Fähigkeiten der Menschen in Baden-Württemberg sind eine entscheidende Grundlage dafür, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes voranzubringen. Sozialdemokratische Bildungs- und Forschungspolitik wird dafür sorgen, daß breite Qualifikation erworben und eingebracht werden kann.

Unsere Vorschläge wollen wir in weiteren Gemeinschaftsinitiativen mit Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft voranbringen.

Wir wollen zukunftssichere neue Arbeitsplätze

Durch die Sicherung existenzbedrohter Arbeitsplätze, Anschubprogramme für neue Jobs und gezielte öffentliche Investitionen wurde und wird der Arbeitslosigkeit gegengesteuert. Im Land der Tüftler wollen wir den Mittelstand unterstützen, der eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bereitstellt. Im Mittelstand werden Ideen geboren, die Baden-Württemberg auf dem Weltmarkt stark machen. Durch eine Erhöhung der steuerfreien Investitionsrücklage, ein investitionsfreundliches Besteuerungssystem und die Senkung der Lohnnebenkosten stärken wir dieses Herzstück unserer Unternehmenskultur.

Wir sind davon überzeugt, daß darüber hinaus eine neue Gründeroffensive, in der in jungen, innovativen Firmen hoch- wie niedrigqualifizierte Beschäftigung entsteht, uns wieder zu hoher Beschäftigung bringt. Die Existenzgründungsprogramme des Landes – speziell auch für Frauen – werden wir deshalb ausbauen, das Landessanierungsprogramm für Gründerzentren in alten Industriebrachen nutzen und weitere Biotechnik-, Umwelt-, Software- und Medienzentren im Lande gründen.

Wir werden die anstehenden großen Projekte mit Dienstleistungsarbeitsplätzen zügig voranbringen und begleiten. Die von der SPD erheblich ausgeweiteten Wohnungsbauprogramme des Landes werden wir verstetigen und für Zielgruppen wie Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und Behinderte bedarfsgerecht fortentwickeln. Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft wollen wir durch eine aktive öffentliche Investitions- und Beschaffungspolitik stabilisieren. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir eine effektive Entsenderichtlinie durchsetzen, die Dumpinglöhne und damit die Zerstörung der mittelständischen Wirtschaft verhindert.

Gerade in strukturschwachen Regionen, die meist ihre natürliche Landschaft gerade wegen der geringen Industrialisierung erhalten haben, ist der Fremdenverkehr ein wichtiges wirtschaftliches Standbein.

Die Fremdenverkehrswirtschaft, die Kur- und Heilbäder haben sich dem europäischen Wettbewerb zu stellen. Da wir Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Fremdenverkehrswirtschaft erhalten wollen, werden wir die Situation der Fremdenverkehrswirtschaft verbessern und wirtschaftliche Fördermaßnahmen zum Ausbau der Wettbewerbschancen im europäischen Markt ergreifen.

Um einer weiteren Entkoppelung von Wirtschaftswachstum einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits entgegenzuwirken, werden wir neben der Wirtschaftsförderung eine aktive öffentlich geförderte Arbeitsmarktpolitik verfolgen, welche „Arbeit statt Sozialhilfe“ in gesellschaftlich wirkungsvolle Projekte umsetzt. Dafür wird eine Landes-Beschäftigungsgesellschaft geschaffen, die Kreise, Städte und Gemeinden in Fragen des zweiten Arbeitsmarktes berät. Dabei ist darauf zu achten, daß beruflich weniger qualifizierte ArbeitnehmerInnen von arbeitsmarktpolitischen Initiativen profitieren können. Um der

Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, werden wir die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ flächendeckend ausbauen. Wir werden frauenfördernde Anreize in allen Wirtschafts und Strukturprogrammen des Landes schaffen.

Für stabile Finanzen und Steuergerechtigkeit sorgen

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird eine konsequente Ausgaben- und Einnahmenpolitik im Landeshaushalt durchsetzen. Bis zum Jahr 2000 wollen wir die Nettoneuverschuldung auf Null zurückführen und damit Last von den steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern nehmen. Dazu gehört auch ein aktives Engagement einer SPD-Regierung im Bundesrat für den stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlags. Mit einer aufkommensneutralen und sozialverträglichen Ökosteuerreform wollen wir den Umbau des Steuersystems einleiten und dringen dabei auf geringere Lohnnebenkosten und eine investitionsfreundliche Unternehmensbesteuerung. Leitidee bei dieser Reform ist die Belastung der Energie bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit. Gleichzeitig müssen alle Möglichkeiten des Landessteuerrechts genutzt werden, um ökologische Kriterien in die Besteuerung in Baden-Württemberg einzubeziehen. Wir werden unsere gesetzlichen Möglichkeiten auf Landesebene voll ausschöpfen, um Steuergerechtigkeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, und jede unzulässige Begünstigung hart ahnden. Dazu muß die personelle Situation der Finanzämter im Bereich der Betriebsprüfung verbessert werden.

Wir planen, die Zahl der Ministerien zu verringern. Wir werden bei der Einführung der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung in der Verwaltung Vorreiter sein. Im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform unter Nutzung des Sachverständigen aller Beteiligten werden wir in den Verwaltungen des Landes weiterhin Stellen abbauen müssen, um damit Spielraum für gesellschaftlich notwendige Neueinstellungen im Polizeidienst und in den Schulen zu gewinnen.

2. Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft: **Die ökologische Wende ist machbar**

Baden-Württemberg gewinnt die Zukunft wenn es Spitzenreiter bei ökologischen Innovationen ist. Umwelt und Natur vor Zerstörung zu bewahren, ist für uns die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Sicherheit und politische Stabilität. Die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft ist deshalb eine zentrale Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, für die Zukunft unseres Landes.

Wir wollen die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft durch aktive Landespolitik unterstützen, indem wir die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energie konsequent einleiten, auf umweltverträgliche Mobilität setzen, den Naturschutz stärken und Land- und Forstwirtschaft auf eine nachhaltige und damit existenzsichernde Produktionsweise verpflichten.

Mit Harald B. Schäfer und Staatssekretär Peter Reinelt sind wir wichtige Schritte in diese Richtung gegangen. Durch die Gründung der Klimaschutz- und Energieagentur und mit dem Klimaschutzkonzept sowie dem großflächigen Ansatz beim Natur- und Landschaftsschutz hat das Land wichtige Zeichen gesetzt. Die Unternehmen des Landes wurden durch Pilotprojekte zur umweltorientierten Unternehmensführung frühzeitig auf das Öko-Audit vorbereitet und haben dadurch die Chance, einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen.

Wir wollen eine neue Energie- und Klimaschutzpolitik

Im Zentrum unserer Umweltpolitik steht die ökologische Energiewende. Sie ist notwendig, um das Klima zu schützen, Treibhausgase zu verringern und aus der Atomenergie auszusteigen. Sie ist auch ein Schub für eine Erneuerung der Industrie und für neue Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen.

Wir wollen den Einsatz atomarer und fossiler Energiequellen ablösen und durch erneuerbare Energien ersetzen. Deshalb werden wir alle gesetzgeberischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine baldige Stilllegung von Atomreaktoren wie z.B. Obrigheim zu erreichen. Wir sorgen für effizienten und sparsamen Energieeinsatz und führen die in den letzten Jahren in Baden-Württemberg begonnene Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien konsequent weiter.

Wir werden dazu eine kostengerechte Vergütung für Strom aus regenerativen Energien einführen, indem eingespeister Strom aus dem Betrieb privater Anlagen nach dem Prinzip der Kostendeckung vergütet wird. Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß eine Genehmigung von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien in geschützten Gebieten grundsätzlich möglich ist. Denn regenerative Energien und Naturschutz dürfen kein Widerspruch sein.

Wir werden den Ausbau der Blockheizkraftwerke weiter voranbringen. Wir werden die Landesbauordnung für den verbindlichen Einbau von Sonnenkollektoren in allen Neubauten nutzen und ein „20 000 – Dächer- und Fassadenprogramm“ für Solarzellen in existierenden Bauten, insbesondere auch öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Universitäten starten.

Wir werden Sonderprogramme für regenerative Energien mit Hilfe zinsgünstiger Kredite anbieten und ein Sonderprogramm für die energetische Verwertung nachwachsender Rohstoffe zugunsten der Land- und Forstwirtschaft starten. Wir werden keinen Neubau oder Ersatzbau von Kernkraftwerken in Baden-Württemberg zulassen.

Den Stoffkreislauf schließen

Umweltpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Der Markt für Umweltgüter weist hohe Wachstumsraten auf. Wir werden die Spitzenstellung Baden-Württembergs im Bereich der Umwelttechnikindustrie ausbauen und damit Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen.

Ressourceneffizienz und Abfallvermeidung sind im Wettbewerb wichtige Faktoren. Deshalb werden wir umweltorientierte Unternehmensführungen und die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und Produktionen weiter fördern. Wir werden den Sonderabfallexport ins Ausland beenden. Eine Sonderabfallagentur, an der sich auch die Wirtschaft beteiligen kann, soll Sonderabfallströme überwachen und steuern.

Im Bundesrat sind wir für eine Wärmenutzungsverordnung, die Novellierung des Stromeinspeisegesetzes, die Abschaffung der Steuervorteile für Flugbenzin im Inlandsverkehr initiativ.

Die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren

Naturschutz ist immer Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Er ist aber auch Ausdruck unseres Respekts vor Pflanzen und Tieren. Und er ist die Verantwortung, die wir im Umgang mit unserer Heimat und der unserer Vorfahren und Nachkommen haben.

Wir werden einen umfassenden Umweltplan für Baden-Württemberg erstellen, in dem Umweltqualitätsziele für alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche des Landes benannt und festgelegt werden.

Zeitgemäßer Naturschutz ist in ein Konzept der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Entwicklung unseres Landes zu integrieren. Dies wird sich auch vorteilhaft für die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Baden-Württemberg auswirken. Zur Sicherung großflächiger Ökosysteme und zum Schutz der Arten brauchen wir umweltverträgliche Wirtschaftsweisen und vernetzte Schutzgebiete. Wir werden die Strategie des großflächigen Naturschutzes weiter umsetzen und die Schutzkategorien „Biosphärenpark“ und „Nationalpark“ in das Naturschutzgesetz einführen. Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein: Der Zuwachs an Holz soll im Bau, für die Papierherstellung und für die energetische Nutzung verwendet werden. Waldbiotope sind zu schützen, die Waldschutzgebiete erheblich zu erweitern. Durch die Renaturierung unserer Flüsse und durch Ausweisung von Retentionsräumen

wollen wir Naturschutz und Hochwasserschutz sinnvoll verbinden. Die Ausweisung weiterer Wasserschutzgebiete müssen wir vorantreiben und mit neuen Richtlinien den sparsamen Umgang mit Trinkwasser unterstützen. Die SPD wird allen anerkannten Naturschutzverbänden ein eigenes Klagerecht einräumen.

Wir werden die Zersplitterung der Umweltverwaltung korrigieren und regionale Umweltfachämter bilden. Umweltpolitik ist auch Verbraucherschutz, wenn es darum geht, eine funktionierende Lebensmittelüberwachung für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Deshalb werden wir die derzeit auf verschiedene Ressorts verteilten Kompetenzen der Lebensmittelüberwachung in einem Ressort zusammenfassen. Dem hohen Stellenwert des Verbraucherschutzes wollen wir durch eine neustrukturierte Lebensmittelüberwachung mit weniger Doppel- und mehr effektiven Kontrollen sowie durch eine strikte Kennzeichnungspflicht für genmanipulativ behandelte Waren auch künftig gerecht werden.

Der Land- und Forstwirtschaft eine Zukunft geben

Sozialdemokratische Agrarpolitik will, daß die Landwirtschaft im Einklang mit der Natur, nachhaltig und tiergerecht betrieben wird. Dies ist nur gemeinsam mit einer bäuerlichen Landwirtschaft möglich.

Wir werden die bestehenden Programme zur Förderung umweltverträglicher Landbewirtschaftung erhalten und besser koordinieren, sowie extensive Grünlandbewirtschaftung, biologische Landwirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Streuobstbeständen und Wacholderheiden und die Vermarktung ihrer Produkte fördern.

Wir wollen das „Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg“ zu einem Gütesiegel ausbauen, das auf umweltbelastende Produktionsverfahren weitestgehend verzichtet und den Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft gerecht wird. Durch Erarbeitung von Regionalvermarktungskonzepten müssen zusammen mit dem Ernährungsgewerbe, dem Handel, dem Fremdenverkehr und der Gastronomie neue Vermarktungswege gefunden werden. Durch produk-

tionsnahe Vermarktung läßt sich außerdem die Dauer von Tiertransporten verringern.

Verkehr in Baden-Württemberg: umweltverträglich und mobil

Erstes Ziel einer ökologischen Verkehrspolitik ist es, Verkehrsströme überflüssig zu machen. Eine neue Siedlungspolitik ist ein erster Schritt. Im Auto-land Baden-Württemberg setzen wir auf eine Politik der umweltverträglichen Mobilität. Aus ökologischen Gründen, aber auch um den Verkehrsinfarkt abzuwenden und ein verkehrsflüssiges Land zu bekommen, müssen die einzelnen Verkehrsträger so eingesetzt werden, daß ihre Stärken zum Tragen kommen. Dabei ist ein starker öffentlicher Nah-, Fern- und Güterverkehr das Rückgrat des integrierten Verkehrssystems.

Das ÖPNV-Gesetz des Landes wollen wir so umsetzen, daß ein optimaler „System-Mix“ von Straßenbahn, Stadtbahn, Bussen und Eisenbahn entsteht. Wir setzen den Akzent auf den Ausbau des ÖPNV und nicht auf den Straßenbau. Straßen sollen nur da ausgebaut werden, wo es potentielle Unfallschwerpunkte oder unzumutbare Lebensbedingungen für die Menschen unvermeidlich machen.

Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, werden wir Haushaltsmittel, insbesondere für Verkehrsverbünde, bereitstellen.

Die Schiene ist in der Fläche zu erhalten. Wir wollen keine Streckenstilllegungen. Im Güterverkehr wollen wir den ökologisch günstigeren Verkehrsträgern „Schiene“ und „Binnenschifffahrt“ bessere Wettbewerbsbedingungen verschaffen. Wir brauchen Güterverkehrszentren für die Straße/Schiene-Schnittstellen, City-Logistikkonzepte für den Güterverkehr in die Innenstädte und Schienenanschluß für alte und neue Gewerbegebiete.

Im Schienenfernverkehr wollen wir Baden-Württemberg voll in die trans-europäischen Netze integrieren und insbesondere die Ost-West-Achse Budapest-Paris durchgängig machen. Darüber hinaus wollen wir, daß der

viergleisige Bahnausbau der Nord-Süd-Linie an der deutsch-schweizerischen Grenze von Offenburg bis Basel zügig realisiert und die direkte Verbindung der Industrieräume Stuttgart – Zürich ausgebaut und beschleunigt wird. Eine von uns gewollte Politik „mit dem Auto und nicht gegen das Auto“ muß auf Verkehrsleitsysteme und intelligente Elektronik setzen. Die Pionierarbeiten baden-württembergischer Unternehmen auf diesem Gebiet werden wir durch konsequente Anwendung bei uns unterstützen. Das Auto der Zukunft kann nur ein verbrauchsarmes Auto sein. Wir werden deshalb im Gespräch mit den in Baden-Württemberg ansässigen Automobilunternehmen die Entwicklung eines solchen umweltfreundlicheren, verbrauchsarmen Autos unterstützen. Das Drei-Liter-Auto ist dafür ein richtiger Ansatz, der auch auf familien-gerechte, größere PKW ausgedehnt werden muß. Wir werden die Entwicklung und Fortführung der Luftreinhaltepläne weiter vorantreiben.

Der auf dem Landesflughafen Stuttgart erreichte internationale Standard soll durch private Beteiligungen an der Flughafen-GmbH gesichert und durch eine optimale Bahn-Anbindung verbessert werden. Der länderübergreifende Flughafen Basel-Mülhausen-Freiburg soll eine wertvolle zweite Säule unserer Einbindung in den internationalen Flugverkehr werden. Durch eine konsequente Unterstützung des Ausbaus des Schnellbahnnetzes wollen wir weitere Regionalflughäfen überflüssig machen und die Inlandsflüge auf ein Minimum reduzieren.

Darüber hinaus muß der Sprung zu ökologischen Verkehrstechniken geschafft werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird ihre Politik am Ziel einer regenerativen Energiegrundlage auch für den Individualverkehr orientieren. Deshalb müssen solar gespeiste Elektroautos, Solar-Wasserstoff-Motoren sowie auf der Basis nachwachsender Rohstoffe betriebene Verbrennungsmotoren soweit gefördert werden, daß in der kommenden Legislaturperiode eine Serienreife erreicht wird. Das Land muß, wo immer möglich, Fahrzeuge anschaffen, die auf regenerativer Basis betrieben werden. Es muß ein flächen-deckendes Netz von Solar- und Biosprittankstellen aufgebaut werden. Fahrzeuge des ÖPNV sollen ebenfalls auf regenerative Energieträger umgestellt werden. Hierzu gilt es, Zuschüsse für den ÖPNV an die solare Antriebstechnologie zu koppeln.

3. Wir wollen eine gerechte und leistungsfördernde Gesellschaft

Baden-Württemberg gewinnt die Zukunft durch eine Sozialpolitik, in der Leistung und Gerechtigkeit zusammen gehören. Der moderne Sozialstaat ist die unabdingbare Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Seine Finanzierbarkeit muß durch Reformen dauerhaft gesichert werden. Er muß das eigenständige Handeln der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und solidarisches Handeln fördern. Wir wollen deshalb die soziale Infrastruktur an die veränderten Erfordernisse anpassen und problemgerecht ausbauen und dabei auch das bürgerschaftliche Engagement stärken. Wirkungsvolle Sozialpolitik darf nicht nur reparieren. Sie erfordert den Einsatz für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einen wirkungsvollen Familienlastenausgleich und Programme zur Verbesserung des sozialen Umfelds.

Mit Sozialministerin Helga Solinger und Staatssekretär Werner Weinmann ist frischer Wind in die Sozialpolitik gekommen. In den letzten Jahren hat das Land die Herausforderungen auf sozialem Gebiet angenommen. Beim Pflegegesetz, der Ausstattung unserer Krankenhäuser und der Reform der Psychiatrie ist das Land vorangekommen. Für die auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten wurden Selbsthilfeinitiativen angestoßen. Jetzt ist eine solidarische Anstrengung für den Umbau unseres gesamten Sozialstaates notwendig.

Seniorinnen und Senioren – eine neue politische Kraft

Vom bürgerschaftlichen Engagement lebt unsere Demokratie. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Regierung die vielfältigen generationsübergreifenden Aktivitäten – gerade auch der Älteren – unterstützen. Verbände und Organisationen der Älteren sind wichtige Gesprächspartner und als

Gestaltungskräfte bei Planungen und Entscheidungen unverzichtbar. Wir setzen darauf, daß die ältere Generation ihre Interessen vorrangig selbst vertritt.

Alte Menschen sind heute gesünder und aktiver als früher und wollen möglichst lange in Selbständigkeit und in ihrer vertrauten Umgebung leben. Deshalb werden wir das Landesprogramm zur Förderung altengerechter, barrierefreier Wohnungen fortsetzen, die Qualität des betreuten Wohnens sichern und durch mehr Prävention und Rehabilitation Pflegebedürftigkeit soweit wie irgend möglich vermeiden. Für Menschen, die der Hilfe bedürfen, müssen ausreichend wohnortnahe Pflegeeinrichtungen vorhanden sein.

Rahmenbedingungen für behinderte Menschen verbessern

Die Integration behinderter Menschen werden wir fördern. Politik für behinderte Menschen ist eine Aufgabe, die alle Ressorts der Landespolitik umfaßt. Das heißt beispielsweise, daß wir im Land die Stelle eines Behindertenbeauftragten einrichten, die Aktion zur Einstellung von Schwerbehinderten in der Landesverwaltung fortführen und die Rechtsstellung der Beschäftigten in Werkstätten für Behinderte verbessern.

Im stationären Bereich sind wir langfristig für die Auflösung von Großeinrichtungen zugunsten einer wohnortnahen Unterbringung. Ziel ist die Integration notwendiger Einrichtungen in ihr Umfeld.

Das Gesundheitswesen modernisieren

Eine moderne Sozialpolitik muß das Gesundheitswesen zukunftssicher machen. Dazu bringen wir Ideen und Reformen ein. Die Grundprinzipien der Gesetzlichen Krankenversicherung mit dem Solidaritäts-, Sachleistungs- und Selbstverwaltungsprinzip sowie die medizinische Vollversorgung haben für uns nach wie vor Gültigkeit. Eine Aufteilung des Leistungskatalogs in Pflicht-

und Wahlenleistungen lehnen wir ab. Es dürfen nicht einfach nur Kosten auf die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler verlagert werden. Dazu gehört, daß wir die Krankenkassen und deren Selbstverwaltung stärken. Wir wollen ambulante und stationäre Behandlung verzahnen und die Rolle des Hausarztes aufwerten. Wir fordern frühzeitige Therapie- und Behandlungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Schwierigkeiten. Wichtiges Ziel aller Maßnahmen ist, die Organisation des Gesundheitswesens effektiver zu machen und die Ausgaben zu begrenzen. Wir sind gegen die Einführung von Karenztagen. Die Streichung weiterer Urlaubs- bzw. Feiertage lehnen wir ab.

Wirkungsvolle Suchtpolitik heißt Vorbeugen und Helfen

Suchtkranken Menschen wollen wir vorrangig helfen, anstatt sie zu bestrafen. Unser wichtigstes Ziel bleibt, möglichst wenige Menschen überhaupt in die Abhängigkeit geraten zu lassen.

Wir werden deshalb alle Maßnahmen verstärken, die dem Entstehen von Sucht entgegenwirken und die Beschäftigung eines Beauftragten für Suchtprophylaxe in allen Stadt- und Landkreisen vorsehen sowie die verstärkte Weiterbildung aller Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Für Suchtkranke haben wir das Angebot zur Substitutionstherapie mit Methadon seit 1992 deutlich verbessert. Dies wollen wir ausbauen, um ein flächendeckendes Angebot zur sozialen Begleitung zu erreichen. Die Möglichkeiten zum niederschweligen Entzug wollen wir ebenfalls erweitern. Unterstützen werden wir baden-württembergische Kommunen, wie beispielsweise die Stadt Karlsruhe, in ihren Bemühungen ein Modellprojekt einzuführen, bei dem Heroin unter ärztlicher und therapeutischer Kontrolle an bestimmte Gruppen von Schwerstabhängigen abgegeben werden soll.

Um Kleinkonsumenten zu entkriminalisieren, werden wir als ersten Schritt auf eine einheitliche Festlegung der Bundesländer zum Begriff der „geringen Menge“ hinwirken. Ein Modellprojekt zur Trennung der Märkte von harten und weichen Drogen halten wir bei der Suche nach neuen Lösungen in der Drogenpolitik für hilfreich.

Glaubwürdige Prävention erfordert auch Maßnahmen gegen krankmachende Verhältnisse, suchtfördernde Verhaltensweisen und leichtfertigen Umgang mit Suchtstoffen.

Kinder sind die Chance unserer Gesellschaft

Wir nehmen Kinder als gleichberechtigte und eigenständige Persönlichkeiten ernst. Ihre Interessen und Bedürfnisse müssen bei der Gestaltung der Lebensumwelt stärker berücksichtigt werden.

Der Kinderbericht der Familienministerin Brigitte Unger-Soyka und die Enquete-Kommission „Kinder in Baden-Württemberg“ haben entscheidende Verbesserungen für die Situation von Kindern vorgeschlagen – wir werden diese Vorschläge aufgreifen.

Wir werden die Betreuungsangebote ausbauen. Die Schaffung von Kindergartenplätzen für alle Kinder hat Priorität. Wichtig sind auch Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren und ergänzende Betreuungsangebote für Schulkinder. Wir wollen weitere Ganztageschulen einrichten, die wir als Orte der Betreuung, Förderung und Erziehung gestalten wollen. Alle Formen der Betreuung sollen in gleicher Höhe bezuschußt werden.

Mißhandlung und sexuellem Mißbrauch von Kindern werden wir durch Aufklärung entgegenwirken und mißhandelten Kindern Zufluchtsorte und Beratung anbieten.

Die Jugend ist unsere Zukunft

Jugendlichen ist in unserer sich verändernden Gesellschaft ein angemessener Lebensraum zu bieten. Die Arbeit der Jugendverbände sowie ehrenamtliche Tätigkeiten im Jugendbereich sind zu stärken und zu fördern. Die Mittel im Landesjugendplan dürfen nicht zurückgeführt, sondern müssen erhöht werden. Die Jugendsozialarbeit und die offene Jugendarbeit sind auszubauen. Die Interessen von Mädchen und jungen Frauen sind besonders zu berücksichtigen.

Familien müssen fair behandelt und gefördert werden. Familie heute ist nicht mehr nur das klassische Bild von Vater, Mutter und Kindern in einem Haushalt. Diese Wirklichkeit berücksichtigen wir in unserem politischen Handeln. In Baden-Württemberg haben wir entscheidende Verbesserungen beim Landeserziehungsgeld erreicht.

Um Familien mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, wollen wir über eine Bundratsinitiative erreichen, daß der Erziehungsurlaub so flexibilisiert wird, daß für beide Elternteile Voraussetzungen geschaffen werden, daß der Erziehungsurlaub tatsächlich wechselseitig genommen werden kann. Ein weiteres Ziel ist die Einrichtung eines Zeitkontos für beide Elternteile.

Wir wollen, daß alle in der Familie ihr Leben individuell gestalten können, ohne daß sie durch ihre Entscheidungen Nachteile in anderen Lebensbereichen haben, auch nicht im Alter.

Deshalb werden wir uns besonders dafür einsetzen, daß die wirtschaftlichen Benachteiligungen von Familien abgebaut werden. Alleinerziehende müssen von der Sozialhilfe unabhängig sein können.

Wir werden den familienfördernden Wohnungsbau verstärken und uns bei unseren politischen Vorhaben am Prinzip der Familienfreundlichkeit orientieren.



4. Gleichberechtigtes Leben für Frauen und Männer bedeutet mehr Kreativität in unserer Gesellschaft

Die Gesellschaft wird vielfältiger, kreativer und gerechter, wenn Frauen ihre vielfältigen Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen können. Durch die Politik können dafür die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Frauenministerin Brigitte Unger-Soyka hat – gegen erbitterte Widerstände – dafür gesorgt, daß endlich auch in Baden-Württemberg mit einer Politik für Frauen begonnen wurde. Wir wollen, daß Baden-Württemberg dabei weiter vorankommt.

Gleiche Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitswelt

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die im Grundgesetz verankerten gleichen Chancen für Frauen und Männer verwirklicht werden.

Auch in der baden-württembergischen Verfassung muß die Gleichstellung von Männern und Frauen aufgenommen werden. Damit Frauen ihre Erfahrungen und Sichtweisen verstärkt in die baden-württembergische Politik einbringen können, müssen wesentlich mehr Frauen im Landtag sein. Deshalb wollen wir das Landtagswahlrecht entsprechend ändern.

Frauen haben ein Recht darauf, auch im Berufsleben gleiche Chancen zu haben. Das baden-württembergische Gleichstellungsgesetz war ein erster Schritt zur Chancengleichheit im Öffentlichen Dienst. Wir wollen den Geltungsbereich des Gleichstellungsgesetzes auf die Kommunen des Landes ausweiten, die Sanktionsmöglichkeiten bei Nichterfüllung des Frauenförderplans verbessern und die Rechte und Einflußmöglichkeiten der Frauenvertreterinnen stärken.

Ein wichtiges Ziel bleibt für die SPD, die Gemeinden ab 20.000 Einwohnern und die Kreise zu verpflichten, hauptamtliche kommunale Frauenbeauftragte

einzustellen. Wir unterstützen gezielte betriebliche Frauenförderprogramme.

Zukunftssichere Arbeitsplätze für Frauen können mit arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Maßnahmen gesichert werden. Gleichstellungspolitik muß ein fester Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik werden. Dabei ist das Ziel, Frauen so zu qualifizieren, daß sie verbesserte Beschäftigungschancen haben, und den vielen bereits qualifizierten Frauen gleichberechtigte Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, damit eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von Frauen verhindert wird.

Frauen und Männer, die nach einer Familienphase wieder erwerbstätig werden wollen, brauchen kompetente Beratung und Förderprogramme. Außerdem ist für uns der flächendeckende Ausbau der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wichtig.

Frauen in verschiedenen Lebenssituationen unterstützen

Der Alltag von Frauen unterscheidet sich oft erheblich von dem von Männern. Deshalb wollen wir sicherstellen, daß Frauen an Planungsprozessen, z.B. der Bauplanung und der Stadtplanung mitwirken.

So stützt z.B. eine wohnortnahe Infrastruktur die Familien- und Erwerbsarbeit. In unserem Wohnungsbauprogramm werden wir Alleinerziehende noch stärker berücksichtigen.

Wir wollen, daß Frauen vor Gewalt besser geschützt werden. Der regionale Ausbau und die finanzielle Absicherung von Frauenhäusern und Notrufgruppen ist dabei eine wichtige Aufgabe. Bei der Polizei brauchen wir kompetent besetzte Sonderdezernate für Gewaltdelikte gegen Frauen.

Damit wir Ausgrenzung vermeiden, halten wir Sonderprogramme für obdachlose, HIV-infizierte und an AIDS erkrankten Frauen, für drogenabhängige Frauen und Mädchen und für Prostituierte für notwendig. Schwerpunkte dieser Programme müssen Prävention und Ausstiegshilfen sein.

5. Ein klarer Kurs in Innenpolitik

und Justiz:

starke Kommunen, moderne Verwaltung und sicheres Gemeinwesen

Baden-Württemberg gewinnt die Zukunft durch starke Kommunen, eine moderne öffentliche Verwaltung und ein sicheres Gemeinwesen. Im Stammland von Bürgerfreiheit, nachbarschaftlicher Hilfe und liberaler Verfassung fühlen wir uns verpflichtet, die Städte und Gemeinden als Bindeglied zu den Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Die öffentliche Verwaltung muß sie als Kunden behandeln, aufwendige und kostenintensive Verwaltungsstrukturen müssen gestrafft und die Polizei problemnah eingesetzt werden. Sowohl die Polizei als auch die Justiz müssen wirkungsvolle Instrumente gegen neue Formen der Kriminalität zur Hand haben. Durch eine rechtsstaatliche und konsequente Umsetzung dieser Politik wird ein Klima des Vertrauens, der Sicherheit und der Toleranz gewährleistet.

Mit Innenminister Frieder Birzele ist in den zurückliegenden Jahren eine klare, verlässliche Linie in die Innenpolitik des Landes gekommen. Die Polizei kann sich wieder auf die politische Führung des Landes verlassen. Sie ist mit 1600 neuen Stellen und 22 000 Beförderungen nicht nur personell bessergestellt. Sie ist im Gegensatz zur Zeit der Verantwortung von CDU-Ministern auch wieder für ihre verantwortungsvolle Aufgabe motiviert, gesellschaftlich aufgewertet und kann Sicherheit als ein Gut für alle garantieren.

Durch die falsche Politik der Bundesregierung, die den Kommunen immer neue Aufgaben aufbürdet, ohne gleichzeitig für deren Finanzierung zu sorgen, sind die Kommunen des Landes in eine finanziell außerordentlich schwierige Situation geraten. Durch die aktive Wohnungspolitik von Wirtschaftsminister Dieter Spöri und durch die von der SPD mitgestaltete Pflegeversicherung konnten die Kommunen zu einem Teil entlastet werden. Auch hat Innenminister Frieder Birzele die Möglichkeiten der Kommunen erweitert,

kostenbewußte Entscheidungen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu treffen. Es wurden wichtige Anstöße zu einer inneren Verwaltungsreform gegeben, mit denen Entscheidungsspielräume vor Ort erweitert, Ämter zusammengelegt und Arbeitnehmerrechte gestärkt wurden.

Städten und Gemeinden den Rücken stärken

Unsere Städte und Gemeinden sind die Grundlage unserer Demokratie und der Boden für ein soziales und friedliches Miteinander. Sozialdemokratische Landespolitik wird für die Leistungsfähigkeit der Kommunen sorgen. Der Bund darf nicht mehr länger Lasten auf die Kommunen abwälzen, ohne gleichzeitig für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen; dies gilt insbesondere für die Kosten der Dauerarbeitslosigkeit. Die kommunalen Steuern müssen modernisiert werden. Das Land soll vom Bund für die Kommunen vorgesehene Mittel unverzüglich und in voller Höhe an die Städte und Gemeinden weitergeben.

Wir werden die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger ausbauen, indem Einwohnerversammlungen, Bürgeranträge und Bürgerbegehren künftig einfacher und praxisorientierter durchgeführt werden können. Dem kommunalen Ehrenamt werden wir einen besseren Schutz gegen berufliche oder familiäre Nachteile geben, und wir werden Jugendliche über Jugendgemeinderäte mit Rede- und Antragsrecht im Gesamtgemeinderat und Jugendforen direkt an den für sie wichtigen Entscheidungen beteiligen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein, in einem ersten Schritt bei den Kommunalwahlen. Mehr Ausländerausschüsse, hauptamtliche Frauenbeauftragte in den Kommunen und die Direktwahl der Landräte bleiben unser Ziel.

Die innere Sicherheit rechtstaatlich wahren

Unser vorrangiges Ziel ist es, ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Nur so kann die Kriminalität in unserem Land wirksam bekämpft und das Sicherheitsgefühl

der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Voraussetzung dafür ist es, die Präsenz der Polizei auf der Straße zu erhöhen. Dazu müssen die Reformschritte, die Innenminister Frieder Birzele in dieser Legislaturperiode umgesetzt hat, konsequent fortgeführt werden. Wir wollen die Polizeidichte im Land in der nächsten Legislaturperiode durch weitere Neustellen bei der Polizei erhöhen. Wir wollen leistungsfähige Polizeidirektionen schaffen und damit die Zahl der Polizeibeamten reduzieren, die heute noch am Schreibtisch bürokratische Aufgaben erledigen, anstatt für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein. Wir unterstützen den Wunsch der Polizeibeamtinnen und -beamten nach leistungsgerechter Bezahlung und der Einführung einer zweigeteilten Laufbahn.

Damit Kriminalität erst gar nicht entsteht, setzen wir uns für eine Ausweitung der kommunalen Kriminalitätsvorbeugung ein. Dabei arbeiten politische Entscheidungsträger und Betroffene vor Ort zusammen und entwickeln gemeinsam Konzepte, wie soziale Brennpunkte entschärft, die Jugendkriminalität verringert und die Zahl der Tatgelegenheiten reduziert werden können.

Für Polizei und Justiz werden wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen wesentlich verbessern, um die Wirtschafts- und organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können. Bei besonders schweren Straftaten der organisierten Kriminalität muß der Staat die Möglichkeit haben, Geld und Vermögen einzuziehen, das nach einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit aus Straftaten herrührt; der Vermögensinhaber hat dann immer noch die Möglichkeit, die rechtmäßige Herkunft des Vermögens zu beweisen. Bei schweren Straftaten der organisierten Kriminalität setzen wir uns entsprechend der Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg für die Möglichkeit ein, Wohnungen von Straftätern mit technischen Mitteln überwachen zu können.

Unsere Politik setzt sich ein für eine Justiz, die bürgernah, transparent und unabhängig von äußeren Einflüssen ihre schwierige Aufgabe erfüllt.

Eine effektive Verwaltung aufbauen

Alle Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf schnelle und gute Dienstleistungen der Verwaltung. Sie haben auch einen Anspruch darauf, daß Verwaltung so effizient d.h. so kostengünstig wie möglich arbeitet. Wir streben deshalb für Baden-Württemberg mittelfristig einen dreigliedrigen Verwaltungsaufbau an, bei dem möglichst viele Aufgaben bürgernah und leistungsfähig auf der kommunalen Ebene bewältigt werden.

Danach können die jeweiligen Regionen als Mittelbehörde folgen und schließlich das Land, das in Lenkungsfunktion die anderen Aufgaben wahrnehmen soll.

Pilotprojekte für diese neue Architektur der Verwaltung werden uns die notwendigen Erfahrungen für ein Rahmenkonzept liefern, das wir dann für das ganze Land umsetzen wollen.

Dazu gehört auch eine umfassende Reform und Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechts. Der Beamtenstatus soll künftig nur hoheitlichen Aufgaben vorbehalten sein. Lehrtätigkeiten sowie technische und soziale Versorgungsleistungen sollen von Angestellten und Arbeitern erledigt werden.

Führungspositionen müssen künftig auch auf Zeit besetzt werden können; die Teilzeitbeschäftigung werden wir ausbauen. Bei jungen Menschen im öffentlichen Dienst werden wir die Anfangseinkommen anheben, weil sie gerade in dieser Zeit das Geld zum Aufbau ihrer Existenz benötigen. Für die Beförderung soll nicht länger nur das Dienstalter, sondern auch die konkrete Leistung ausschlaggebend sein.

Bei dieser Rundumerneuerung des öffentlichen Dienstes werden wir die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften aktiv einbeziehen und mit einem fortentwickelten Landespersonalvertretungsgesetz Vertrauen und Möglichkeiten zur partnerschaftlichen Teilhabe schaffen.

Wirksamen Datenschutz schaffen

Künftig werden Informationen über Datenautobahnen für jedermann, an jedem Ort und zu jeder Zeit verfügbar sein. Diese wirtschaftliche und gesellschaftliche Chance muß durch einen wirksamen Datenschutz gesichert wer-

den. Die Stellung des bzw. der Datenschutzbeauftragten (LfD) werden wir durch direkte Wahl im Landtag stärken. Die Dienststelle wollen wir als eigenständige oberste Landesbehörde einrichten und ihr ein Vollkontrollrecht bei personenbezogenen Daten geben.

Die großen Herausforderungen der Informationgesellschaft werden wir auf Bundesebene aktiv mitgestalten, etwa wenn es um Fragen der Rechtsverbindlichkeit und Beweissicherheit des Datenverkehrs geht. Wir werden das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung umfassender und in einem neuen Grundgesetzartikel ausdrücklich regeln.

Miteinander leben

Eine lebendige Demokratie setzt auf eine Kultur des Miteinander. In einem Europa der offenen Grenzen ist Vielfalt eine Chance und eine Bereicherung für unser Land. Voraussetzung dafür ist, daß die Werte unserer Verfassung und die Menschenrechte der Maßstab im Zusammenleben sind. Deshalb hat die Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer zentrale Bedeutung.

Dazu gehören Sprachschulung und berufliche Eingliederung ebenso wie das Recht auf deutsche Staatsangehörigkeit für hier geborene Ausländerkinder, eine einheitliche Regelung der Einbürgerung und das aktive und passive Kommunalwahlrecht für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die viele Jahre in unserem Land leben. Ein Einwanderungsgesetz soll klare Regeln für alle schaffen, die zu uns kommen wollen. Deshalb wollen wir zusammen mit Fachleuten Quoten für Einwanderung festlegen, mit denen wir soziale, humanitäre und wirtschaftliche Kriterien berücksichtigen. Der Aufnahmeantrag muß vom Ausland aus gestellt werden. Wer illegal einreist, kann anschließend keinen Antrag stellen. Wir bekennen darüber hinaus zu unserer humanitären Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlinge zeitlich befristet aufzunehmen und politisch Verfolgten ein rechtsstaatlich faires Anerkennungsverfahren zu garantieren. Dies schließt aus, daß Menschen in Staaten abgeschoben werden, in denen sie von Staats wegen gefoltert und gemordet werden.

6. Bildung und Wissenschaft: **Das Kapital unseres Landes!**

Baden-Württemberg gewinnt die Zukunft durch Bildung und Forschung. Weil das Land sich bewegen muß, brauchen wir gut ausgebildete junge Leute, qualifizierte Fachkräfte in Unternehmen und Verwaltungen, Spitzenleistungen in Forschung und Wissenschaft sowie Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bei der Umsetzung von neuen Erkenntnissen. Das Land braucht aber auch eine Regierungspolitik, die den SchülerInnen und StudentInnen, den Lehrenden und Forschenden Vertrauen entgegenbringt, Leistungen abverlangt und immer wieder Neues zusammen wagt.

In den vergangenen Jahren wurden gegen Widerstände großer Teile der CDU große Fortschritte erreicht: Unter großen finanziellen Anstrengungen wurden zusätzliche Lehrer in vierstelliger Zahl eingestellt. 1995 und 1996 setzt sich dies fort, ein erster Schritt zur überfälligen Verjüngung. Ganztageschulen sind auf den Weg gebracht. Die Rechte von Schülern und Eltern wurden nach Jahren der Stagnation ausgebaut. Die Forschungs-Infrastruktur des Landes wurde ausgebaut.

Moderne Schule

Mehr Flexibilität, mehr Freiheit und Verantwortung in den einzelnen Schulen werden die Grundzüge unserer künftigen Schulpolitik sein. Pädagogische Profilbildung, organisatorische Entscheidungskompetenz und finanzielle Eigenverantwortung für die einzelne Schule schafft Platz für eine überfällige Demokratisierung, Entbürokratisierung und eine kräftige Durchlüftung des Vorschriftendickichts. Die Unterrichtsversorgung zu sichern hat für die SPD oberste Priorität. Vor dem Hintergrund steigender Schülerzahlen und anhaltender Finanzierungsengpässe wollen wir ein klares Signal solidarischer Einstellungspolitik geben und neue Lehrerdeputate ohne Verbeamtung vornehmen.

Die SPD ist bei der notwendigen Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer zu einer großen Kraftanstrengung bereit und kämpft für Umschichtungen im Haushalt zugunsten der Bildungspolitik. Eine Erhöhung des Klassenteilers kommt für die SPD nicht infrage.

Wir wollen die Öffnung des dreigliedrigen Schulwesens durch kooperative und integrierte Schulformen. Dazu gehört für uns die 6jährige Grundschule, da sie eine bessere Orientierung der Schüler ermöglicht und der vorzeitigen gesellschaftlichen Trennung der Schüler vorbeugt. Auch die Integration behinderter Schüler ist unser Anliegen. Die zur Zeit durchgeführten Integrationsmodelle reichen nicht aus.

Die Lehrerbildung muß stufenweise reformiert werden. Die Ausbildung der gymnasialen Lehrerinnen und Lehrer auf der einen und die der Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrerinnen und -lehrer auf der anderen Seite sollten einander angeglichen werden. Hierbei sind frühzeitige Praxiserfahrung und Teamfähigkeit ebenso wichtig wie eine solide wissenschaftliche Ausbildung.

Eine Reform der Schulaufsicht ist nötig, da Beratung und Beurteilung nicht aus einer Hand kommen dürfen. Innere Schulentwicklung ist nur durch eine permanente Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer möglich, die pädagogische und fachwissenschaftliche Schwerpunkte gleichermaßen berücksichtigt. Sie muß sich an den Problemen vor Ort ausrichten.

Insbesondere die Demokratisierung der Schule ist uns sehr wichtig. Dazu zählt für uns neben einer demokratisch legitimierten LandeschülerInnen-Vertretung auch, daß die Schulkonferenzen künftig drittelparitätisch besetzt werden müssen.

Am 13. Schuljahr in Gymnasien halten wir fest. Bei der Oberstufenreform wollen wir mit einem gleichwertigen Nebeneinander von allgemeiner Grundbildung und individueller Schwerpunktbildung Defizite der letzten Jahre korrigieren.

In allen Schularten wollen wir neuen Lehr- und Lernmethoden den Weg ebnen, fächerübergreifendes Lernen und mehr Berührungspunkte zur außerschulischen Welt, insbesondere der Berufswelt, voranbringen. Der Umgang mit den neuen Medien und den künftigen Informations- und Kommunikations-Technologien ist eine Schlüsselqualifikation der Zukunft. Wir werden unsere Schulen in die Lage versetzen, Kindern und Jugendlichen auf diesen Feldern Kompetenz zu vermitteln. Sie müssen befähigt werden, mit Computern umzugehen, Informationen zu hinterfragen und intelligent zu verwerten. Wir werden den koedukativen Unterricht reformieren. Wir wollen die Schulen aktiv in die notwendige Erneuerung und Befestigung der Werte, die unsere freiheitliche und soziale Grundordnung ausmachen, einbeziehen. Nicht autoritätsgläubiger ‚Mut zur Erziehung‘, sondern selbstbewußtes, staatsbürgerliches und gemeinwohlverpflichtetes Handeln ist Kern unserer Werteerziehung.

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung im Lande darf nicht ins Hintertreffen geraten. Wir wollen die duale Ausbildung an den Berufsschulen kontinuierlich an die gewandelte Berufswelt anpassen, den Ausfall an Pflichtunterricht verhindern und bei der Mittelzuweisung keine Benachteiligung zulassen. Für die Jugendlichen in Baden-Württemberg müssen genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Weil der größte Teil der Plätze von kleinen und mittleren Unternehmen getragen werden, setzen wir uns für einen finanziellen Ausgleich zwischen den Betrieben ein. Die bereits bestehenden überbetrieblichen Programme werden wir verstärken, Lernschwachen und Benachteiligten gezielt helfen.

Innovationsfördernde Hochschulen

Für die Verwirklichung eines modernen Baden-Württemberg bedarf es eines innovationsfördernden Wissenschafts- und Hochschulsystems, das die Ausbildung und Erziehung kritisch denkender, selbständig handelnder und fachlich qualifizierter Menschen zum Ziel hat, an dem alle ungeachtet ihrer sozialen Stellung teilhaben können.

Deshalb wollen wir, daß den Hochschulen wieder ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Hierzu wollen wir sie ausbauen, um eine hohe Lehrqualität zu erreichen, die zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen beiträgt, und eine zukunftsorientierte, interdisziplinäre Forschung zu fördern, die sich ihren gesellschaftlichen Auswirkungen (z. B. im Sinne der Technikfolgenabschätzung) stellt.

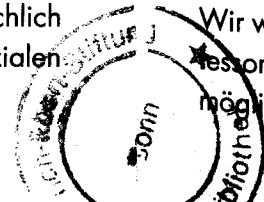
Dies ist nur zu erlangen, wenn den Hochschulen mehr Eigenverantwortlichkeit übertragen wird und finanzielle Ressourcen effektiv, dezentral und unter Einbindung gesellschaftlich relevanter Gruppen genutzt werden. Wir streben eine Erhöhung der Lehrdeputate der Universitätsprofessoren an und werden dafür sorgen, daß die Lehrverpflichtungen aller Hochschullehrer in Zukunft eingehalten werden.

Den Studierenden muß ein zügiges Studium ermöglicht werden. Darum wollen wir auf ein Studienfinanzierungsgesetz hinwirken, wodurch bisherige Leistungen wie Elternfreibeträge, Kindergeld etc. unbürokratisch in eine elternunabhängige Grundfinanzierung überführt werden, die bedarfsgerecht aufgestockt wird. Studiengebühren lehnen wir in jeglicher Form ab.

Für die Pädagogischen Hochschulen streben wir die Umsetzung des Maßnahmenkatalogs „Lehrerausbildung 2000“ an. Hierbei sind die PHs in die Universitäten zu integrieren. Die Durchlässigkeit zwischen den Unis und Fachhochschulen wollen wir erhöhen und qualifizierten Berufstätigen die Zulassung zum Studium auch ohne formale Hochschulreife weiter erleichtern. Wir wollen die leistungsfähigen Berufsakademien zu dualen Fachhochschulen fortentwickeln.

Die Frauenförderung und -forschung wollen wir aktiv vorantreiben, indem unter anderem die Position der Frauenbeauftragten strukturell verbessert und ihr ein erweitertes Stimmrecht gegeben wird.

Wir wollen an den Hochschulen die Demokratie verwirklichen, indem die professorale Mehrheit in allen Hochschulgremien reduziert wird und, wo dies möglich ist, die Gremien paritätisch besetzt werden. Die Verfaßte Studieren-



denschaft wollen wir mit Satzungs- und Finanzautonomie sowie einer automatischen Mitgliedschaft aller Studierenden und einem hochschulpolitischen Mandat sowie der Förderung der politischen Bildung wieder einführen.

Intensive Weiterbildung

Weiterbildung kommt heute für die Sicherung der Berufs- und Lebenschancen eine hohe Bedeutung zu. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen müssen die öffentlichen Hände ein vielschichtiges, funktionierendes und flächendeckendes Weiterbildungsangebot garantieren. Umfang und Qualität des Angebots der Weiterbildungsträger sind mit Landeszuschüssen wie bisher zu sichern. Eine Beschränkung der Förderfähigkeit der Weiterbildung auf einen sogenannten Kernbereich lehnen wir ab. Durch ein fortentwickeltes Weiterbildungsgesetz werden wir den Rahmen für diese Aufgabe schaffen und einen verbindlichen Bildungsurlaub garantieren.



7. Kunst, Medien und Sport: Die Vielfalt des Landes ist unsere Stärke

Baden-Württemberg gewinnt die Zukunft durch Stärke aus seiner Vielfalt. Gerade eine in der Spitze und Breite qualitativolle, experimentierfreudige und selbstbewußte Kunst und Kultur, ein seinen positiven sozialen und gesundheitlichen Möglichkeiten verpflichteter Sport und eine lebendige, innovationsfreudige und wachstumsstarke Medienszene sind deshalb wichtige Säulen der Zukunft unseres Landes.

Die SPD-geführte Landesregierung wird Kultur, Medien und Sport aktiv und tolerant fördern.

Kulturland Baden-Württemberg

Im Umgang mit Kunst und Kultur bewährt sich die Toleranz einer Gesellschaft und ihre Fähigkeit, neue Ideen aufzugreifen. Kunst und Kultur zu fördern, verstehen wir als Pflichtaufgabe des Landes.

Kunstministerin Brigitte Unger-Soyka hat sich mit Erfolg gegen existenzbedrohende Mittelstreichungen, etwa bei der Förderung der Kommunaltheater und der freien Theater, der Orchester und der soziokulturellen Zentren gewehrt und in der Filmkultur und dem Tanztheater neue Akzente gesetzt.

Baden-Württemberg ist geprägt durch eine historisch gewachsene kulturelle Vielfalt sowohl in der Breite als auch in der Spitzenkunst. Als Träger von Kommunaltheatern, Museen Bibliotheken, von Jugendmusik- und Kunstschulen sowie Soziokulturellen Zentren helfen die Städte und Gemeinden ein breites Spektrum künstlerischer und kultureller Vitalität zu erschließen. Sie können sich dabei auf eine beeindruckende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern stützen, die sich beispielsweise in Kunstvereinen, Laientheatern, -chören und -orchestern sowie soziokulturellen Initiativen engagieren. Das Land bekennt sich zur gemeinsamen Verantwortung mit den Kommunen für die Förderung der kulturellen Bildung in Stadt und Land. Diese garantiert und eröffnet eine

sehr große Zahl an Arbeitsplätzen sowie Arbeitsfeldern für künstlerische Existenzen.

Bestandssicherung bedeutet nicht nur Abwehr von Sparmaßnahmen, sondern auch die Schaffung längerfristiger Perspektiven durch größere Planungssicherheit für die Kultureinrichtungen. Dem positiven Beispiel des Stuttgarter Staatstheaters folgend, sollen Theater, Museen, Orchester und Hochschulen durch größere Eigenverantwortung mehr Beweglichkeit und neue Spielräume gewinnen, um so ihr hohes künstlerisches Niveau auch in Zukunft weiter entwickeln zu können. Bei der Vergabe von Aufträgen an Künstlerinnen und Künstler für „Kunst im öffentlichen Raum“ wird das Land mit gutem Beispiel vorangehen.

Durch den gemeinsamen Bezug eines ehemaligen Fabrikgebäudes in Karlsruhe entsteht aus der Nachbarschaft des Zentrums für Kunst und Medien, der Hochschule für Gestaltung und des Instituts für Neue Musik ein einzigartiges europäisches Zentrum künstlerischer Innovation und der experimentellen Erprobung und Entwicklung neuartiger Anwendungsformen der Medien. Mit neuen Ansätzen im Bereich der Ausbildung für Theaterberufe soll im Sinne einer interdisziplinären Theaterakademie die starre Orientierung an einzelnen künstlerischen Sparten überwunden werden.

Dem Tanztheater sollen durch ein choreographisches Zentrum im neuen Gebäude des Theaterhauses in Stuttgart zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit der Einrichtung der neuen Rockstiftung wollen wir zur künstlerischen Aufwertung der Rock- und Popmusik beitragen.

Im Bewußtsein um ihre gesellschaftliche Verantwortung müssen Kunst- und Kulturszene auf die Menschen zugehen und damit bei den Kindern und Jugendlichen beginnen: beispielsweise in der Kinder- und Jugendtheaterarbeit, in Autoren-Workshops in Schulen und vielen anderen Formen ästhetischer Bildung.

Soziokulturelle Zentren überwinden die oft noch starren Grenzen einzelner Kunstsparten und greifen gerade die Interessen jüngerer Besucherinnen und

Besucher auf. Sie verstärkt zu fördern ermöglicht ihnen, weitere inhaltliche Impulse zu setzen und neue Zielgruppen zu gewinnen.

Lebendige Medienlandschaft

Die Medienlandschaft in Baden-Württemberg ist in Bewegung. Neue Technologien lösen die gewohnten Grenzen zwischen Fernsehen, Radio und Computer, zwischen Individual- und Massenkommunikation auf. Private Programmanbieter, Agenturen, Studios und Verlage, die mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien arbeiten, sind eine lebendige und prosperierende Wachstumsbranche, in der auch für kleine und mittelständische Unternehmen große Chancen liegen. Wir wollen kreativen Menschen diese Chance eröffnen und die Medienlandschaft Baden-Württembergs durch Kooperationen, Pilotversuche und eine zeitgemäße Rahmengesetzgebung für die vor uns liegenden Jahre fitmachen. Dazu gehört auch, daß Probleme wie Konzentration und Machtmißbrauch in der Medienlandschaft entschlossen angegangen werden. Dazu gehört unter anderem, daß über den Bundesrat das Kartellrecht auf den Mediensektor ausgedehnt und konsequent angewandt wird, um weitere Konzentrationen zu verhindern.

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden wir durch eine Zweiländeranstalt für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Beitrittsoptionen für den saarländischen und hessischen Rundfunk sichern. Besondere Schwerpunkte liegen auf regionalen und grenzüberschreitenden Programmen und der Entwicklung von Informations- und Nachrichtenangeboten in neuen Medien, die dem Grundversorgungsauftrag entsprechen.

Wir wollen die Vielfalt der Angebote stärken – bei Berichten im Hörfunk genauso wie bei Bildungs- und Kinderprogrammen. Menschenverachtende Gewaltdarstellungen im Fernsehen, auf Videocassetten und in Computerspielen wollen wir zum Schutz der Jugend zurückdrängen.

Die Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden wir nutzen. Multimedia, Interaktives Fernsehen und digitaler Rundfunk (DAB) werden wir genauso fördern wie Informationsangebote in öffentlichen

Computernetzen. Öffentliche Multimedia-Kioske und regionale Dienstleistungen sind ein Fortschritt für Baden-Württemberg. Leitbild für die zukünftige Entwicklung, an der sowohl Chancen wie Risiken der Informationsgesellschaft abgelesen werden können, ist aber für uns der weltweite „Information-Highway“ Internet. Auch in den neuen Medien wollen wir den gesellschaftlichen Diskurs fördern, eine offene und gleichberechtigte Nutzung ermöglichen und die Menschen nicht zu Konsumenten reduzieren.

Mit der neugegründeten Filmfördergesellschaft wollen wir die Produktionsförderung in den Mittelpunkt stellen und bei den Drehbüchern eine engere Zusammenarbeit mit dem Verlagsland Baden-Württemberg anstrengen. Dem zwischenzeitlich geschaffenen attraktiven Angebot an Festivals, Filmakademie und Filmfördergesellschaft wollen wir mit dem europäischen Filminstitut in Karlsruhe eine wichtige Brücke zwischen jungen Filmemachern und internationalen Spitzenregisseuren anfügen.

Sport schafft Identifikation und Integration

Der Sport ist für das gemeinschaftliche Leben in Baden-Württemberg herausragend: Er dient der Identifikation und Freizeitgestaltung, der Gesundheit und der sozialen Integration, ist Wirtschafts- und Standortfaktor. Wir wollen, daß Baden-Württemberg als Sportland eine herausragende Stellung im Bewußtsein der Welt einnimmt und seinen Bürgern vielfältige Sportausübung möglich macht.

Wir halten an unserem Ziel 'Sport für alle' fest. Dabei kommt den Vereinen und den Schulen eine besondere Aufgabe zu. Wir bekennen uns zur Sportförderung als öffentlicher Aufgabe. Das Niveau der zweckgebundenen Förderung aus den Wettmittelfonds muß gehalten werden. Im Landessportplan streben wir eine größere Flexibilität bis hin zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln an. In den Schulen, auch den Berufsschulen, wollen wir für ein durchgängiges Sportangebot sorgen.

Die Beteiligung von Sportorganisationen im Vorfeld von Planungen wollen wir

verbessern, damit sozial und ökologisch abgestimmte Sportstätten entstehen. Dem Spitzensport gehört unsere Unterstützung. Er muß für gesundheitlich und moralisch korrekte Praktiken sorgen, um die Identifikation der Menschen mit dem Leistungssport zu stärken und dem 'großen Sport' im Lande seine großartige Grundlage zu erhalten.

NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN DURCH REFORMPOLITIK

Baden-Württemberg braucht Schwung und neues Selbstbewußtsein durch aktive Reformpolitik und eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bausteine dafür sind in diesem Regierungsprogramm niedergeschrieben. Es wird der Leitfaden einer von der SPD geführten Landesregierung sein.

Wir brauchen auch eine Besinnung darauf, was unser Gemeinwesen stark macht:

Unser Hochleistungsland ist mehr als jedes andere auf gegenseitiges Zutrauen, auf Leistungsgerechtigkeit und auf ein solidarisches Miteinander angewiesen.

Wir wollen deshalb auch einen neuen und fairen Grundkonsens des Gebens und Nehmens zwischen den Menschen in diesem Land erreichen. Unsere Regierung wird dabei Vorbild sein: in der Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung, in der Ausgabendisziplin, in der Abwehr jeglicher Pfründe- und Vetternwirtschaft, in der Durchlässigkeit politischer Ämter.

Wir haben auch umgekehrt große Erwartungen an die Bürger und Bürgerinnen. Wir ermutigen all diejenigen, die gesellschaftlich verantwortlich zusätzlich zu ihrem Beruf tätig sind. Wir erwarten auch an den Spitzen der Unternehmen den Blick für das Ganze und Übernahme von persönlicher Verantwortung. Wir akzeptieren nicht, wenn Bürgerprotest nur Egoismus kaschiert.

Modernisierung heißt für uns also nicht Beliebigkeit. Das Land zu bewegen, heißt, ihm eine klare Richtung zu geben und die Menschen in den Wandel verantwortlich einzubeziehen. Dafür ist eine gemeinsame Grundlage an Überzeugungen unabdingbar. Sie kommen aus unserer Verfassung, aber auch aus der Kultur und Tradition unseres Landes.

Durch seine Lage, seine internationale Verflechtung und die Vielfalt seiner Menschen ist Baden-Württemberg aber auch Brennpunkt vieler Veränderungen.

Baden-Württemberg, im Herzen Europas gelegen, hat ein besonderes Interesse an der europäischen Einigung. Wir wollen durch verstärkte Kontakte mit den uns in der Leistungskraft verwandten Regionen als „Motoren Europas“ beispielhafte Projekte voranbringen, im Ausschuß der Regionen Europas Verantwortung für die europäische Idee übernehmen und die Bundesregierung beeinflussen, die Wirtschafts- und Währungsunion mit einem realistischen Zeitplan und unter Einhaltung der Stabilitätskriterien kompetent und bürger-nah zu verwirklichen.

Unsere Reformpolitik wird Tradition und Wandel deshalb so zueinanderbringen, daß die Identität des Landes und seiner Menschen bewahrt und gestärkt wird.

Eine sozialdemokratisch geführte Reformregierung hat dafür eine klare Orientierung: unsere Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität!

Damit unser Land gewinnt!

Impressum:

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Schloßstraße 68, 70176 Stuttgart
Verantwortlich: Ulrich Henke
Fotos: Werner Pleil
Druck: W. E. Weinmann Druckerei GmbH

